



Die Rübenbauern

## **AGEZ und RÜBENBAUERN fordern von der EU-Kommission Einsatz für eine menschliche Landwirtschaftspolitik**

### **Die Reform der Zuckermarktordnung bringt Nachteile für Entwicklungsländer, Konsumenten und die europäischen Bauern**

Wien, 23. Februar 2005. – Die im Sommer 2004 vorgelegten Reformvorschläge der europäischen Kommission zur Zuckermarktordnung treffen allerorts auf immer größeren Widerstand. Bekanntlich wurde vorgeschlagen, die Preise um ein Drittel und die Menge um ein Sechstel zu reduzieren.

Es steht außer Streit, dass die derzeitige Zuckermarktordnung reformiert werden muss und der Export von europäischem Zucker nicht mehr gestützt werden darf. Aber eine schrankenlose Öffnung der Märkte, wie von der EU-Kommission geplant und von der Weltbank gefordert, ist weder im Sinne der Kleinbauernfamilien in den Entwicklungsländern, noch der Bauern in Europa.

#### Ablehnung in Europa und Entwicklungsländern

Die Vorschläge werden sowohl von den europäischen Rübenbauern und der Zuckerindustrie kritisiert, als auch von den Vertretern der AKP-Länder (Afrikanische, Karibische und Pazifik-Ländern) und der LDC-Gruppe (least developed countries). Die Kommission hat im Jahr 2001 den 49 ärmsten Ländern (LDC) einen unlimitierten zollfreien Zugang für Zucker in die europäische Union ab 2009 gewährt.

#### LDC fordern Einfuhrquoten mit lohnenden Preisen

Genau diese Länder fordern nun angesichts der Reformvorschläge zur Zuckermarktordnung diesen unlimitierten Zugang neu zu überdenken und in ein Einfuhrquotensystem mit lohnenden Preisen umzuwandeln. Würden nämlich die Preise für Zucker in Europa fallen, könnten selbst die ärmsten Länder nicht zu diesen Preisen ihren Zucker verkaufen und die von der Kommission unter dem Deckmantel „Entwicklungshilfe“ angekündigte Marktöffnung würde für diese Länder wirkungslos werden. Ihnen bliebe dann nur mehr der Verkauf ihres Zuckers am Weltmarkt unter ihren Entstehungskosten oder schlussendlich die Aufgabe der für sie wichtigen Zuckerproduktion. Der Weltmarktpreis ist und bleibt niedrig, weil Brasilien offensiv die Produktion ausweitet und den Weltmarkt dadurch unter Druck setzt. Brasilien beabsichtigt in den nächsten vier Jahren eine Produktionsausweitung von Zuckerrohr, die mehr ausmacht, als Europa heute insgesamt erzeugt. „Eine Reform, die in erster Linie den Zuckerbaronen in Brasilien nützt, die in aggressiver Weise Menschen und Umwelt ausbeuten, kann wohl kaum als Entwicklungshilfe für die ärmste, ländliche Bevölkerung bezeichnet werden“, kritisiert Rudolf Remler-Schöberl von der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit (AGEZ). Jede Begründung

hinsichtlich Armutsbekämpfung hat sich daran zu messen, ob die Handelsmaßnahmen einen effektiven Beitrag zur Verbesserung der zum großen Teil katastrophalen Arbeitsbedingungen der Zuckerrohrarbeiter in den Entwicklungsländern leisten kann.

Umgehungsgeschäfte wären die Folge

Der Vorschlag der europäischen Kommission wird Umgehungsgeschäfte zulassen. Dabei wird der selbst erzeugte Rohzucker der LDCs auf den europäischen Markt exportiert. Ein Volumen von rund 2,5 bis 3,0 Mio. t Rohzucker würde zur Raffination nach Europa verkauft werden, das entspricht dem Zuckerkonsum von 85 Millionen Europäern. Die Eigenversorgung der Lieferländer erfolgt dann aus brasilianischem Importzucker.

Die Profiteure der Reform wären Großkonzerne in Brasilien, die noch aus der Kolonialzeit stammenden Rohzuckerraffinerien in Frankreich und England, sowie die großen Zuckerverarbeiter und die Getränkeindustrie. Das sind auch die härtesten Lobbyisten für eine Zuckermarktordnungs-„Reform“. Dafür sind diese bereit, die Eigenversorgung Europas zu opfern und die Produktionsfähigkeit der Bauern aufzugeben. Europäische Hilfe beim Aufbau von Raffineriekapazitäten in den ärmsten Ländern für die Eigenversorgung wäre hingegen angewandte faire Entwicklungszusammenarbeit. Genau das aber will der Reformvorschlag der Kommission verhindern.

„Diese Umgehungsgeschäfte behindern die soziale und landwirtschaftliche Entwicklung der ärmsten Länder und gehen daher am Ziel der „Alles außer Waffen-Initiative“ für den Aufbau in diesen Ländern weit vorbei“, so Hermann Schultes, Präsident der Vereinigung DIE RÜBENBAUERN. Er fordert die Landwirtschaftskommissarin Fischer-Boel und den Handelskommissar Mandelson auf, endlich für eine europäische Landwirtschaftspolitik und eine ernst gemeinte Entwicklungshilfe Farbe zu bekennen und die Forderungen der AKP, LDC und der europäischen Bauern zu hören. „Wir geben mit dem Reformvorhaben nicht nur die Eigenversorgung in Europa auf, sondern begeben uns in eine unkalkulierbare Abhängigkeit bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln.“

„Die Vorschläge der Kommission bewirken nur eine gigantische Geldumverteilungsaktion zugunsten der Bilanzen von Coca Cola und Co. zu Lasten der Bauern bei uns und in den ärmsten Ländern der Welt“, stellt Rudolf Remler-Schöberl klar. Den Entwicklungsländern wird jede Perspektive auf eine nachhaltige Aufwärtsentwicklung genommen und in Europa sind eine Vielzahl von Arbeitsplätzen in den vor und nach gelagerten Bereichen der Rüben- und Zuckerwirtschaft genauso gefährdet wie die Existenzen von tausenden Bauernfamilien. „Der Konsument wird von der Reform nichts spüren, die Zuckerpreisreduktion wird zur Gänze in den Bilanzen der Getränke- und Nahrungsmittelhersteller wieder zu finden sein“, ist Hermann Schultes überzeugt.